

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. September 2012
– Drucksache 15/2305**

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 10. September 2012 – Drucksache 15/2305 – Kenntnis zu nehmen.

18. 10. 2012

Der Berichterstatter:

Claus Paal

Der stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Markus Rösler

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft behandelte die Mitteilung Drucksache 15/2305 in seiner 21. Sitzung am 18. Oktober 2012. Vorberatend (*Anlage*) hatte sich der Ausschuss für Europa und Internationales in seiner Sitzung am 27. September 2012 mit diesem Gegenstand befasst.

Ohne Aussprache und ohne förmliche Abstimmung fasste der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 15/2305 Kenntnis zu nehmen.

22. 10. 2012

Claus Paal

Ausgegeben: 23. 10. 2012

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier; ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Empfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 10. September 2012 – Drucksache 15/2305

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 10. September 2012 – Drucksache 15/2305 – Kenntnis zu nehmen.

27. 09. 2012

Die Berichterstatterin:

Rita Haller-Haid

Der Vorsitzende:

Peter Hofelich

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales behandelte die Mitteilung Drucksache 15/2305 vorberatend für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft in seiner 12. Sitzung am 27. September 2012.

Da der Ausschuss öffentlich tagte, wurden die Namen der Redner im nachfolgenden Bericht nicht anonymisiert.

Abg. Rita Haller-Haid SPD erklärte, sie schlage vor, dass über den vorliegenden Bericht der Landesregierung über aktuelle europapolitische Themen im Ausschuss nicht in aller Ausführlichkeit diskutiert werde. Bis dieser Bericht vorliege, hätten sich meist bereits weitere Entwicklungen ergeben.

Abg. Josef Frey GRÜNE fragte, inwieweit sich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Stabilitätsmechanismus vom 12. September 2012 auf die Arbeit im Landtag auswirke. Auch interessierte ihn das Ergebnis des Arbeitstreffens der Verhandlungsgruppe von sechs Ländern im August dieses Jahres zur Verabschiedung des ESM-FinG.

Abg. Peter Hofelich SPD wollte wissen, ob es mittlerweile weiter gehende Informationen zur künftigen deutsch-französischen Zusammenarbeit gebe.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU erkundigte sich, ob das Land die Liegenschaft Rue Belliard 58 in Brüssel gekauft habe und wie diesbezüglich weiter vorgegangen werde.

Minister Peter Friedrich legte dar, er bewerte es als bemerkenswerten Erfolg, dass das Bundesverfassungsgericht im Gegensatz zu allen vorherigen Urteilen die Beteiligung der Bundesländer im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus ausdrücklich gewürdigt habe. Das beharrliche Verhandeln mit der Bundesregierung habe dazu geführt, dass die Rechte der Länder in dieser Angelegenheit gestärkt worden seien. Dazu habe das Kabinett am Vortag sogar noch eine Erklärung beschlossen. Damit sei festgelegt, wie die Verträge im Zweifelsfall auszulegen seien.

Er habe einen Brief zum Verhandlungsstand in der angesprochenen Sechs-Länder-Arbeitsgruppe verfasst. Die Arbeit schreite gut voran. Dabei gehe es auch darum, dass intergouvernementale Verträge, die Europa betreffen, im Zweifelsfall europarechtlichen Angelegenheiten gleichzustellen seien.

Er halte den Staatsakt am 22. September 2012 in Ludwigsburg zum 50. Jahrestag der „Rede an die deutsche Jugend“ des damaligen französischen Staatspräsidenten de Gaulle für gelungen. Im Anschluss daran würden zwei weitere Jubiläumsveranstaltungen 2013 auf Bundesebene ausgerichtet. Daneben werde es eine ganze Reihe weiterer deutsch-französischer Begegnungen geben.

Am 8. August dieses Jahres habe das Land den Kaufvertrag für die Liegenschaft Rue Belliard 58 in Brüssel unterzeichnet. Dadurch solle die Landesvertretung räumlich erweitert werden. Die offenen Fragen seien nun geklärt worden, und es habe sich eine Arbeitsgruppe für die weitere Planung gebildet. Zu beachten sei, dass das Nachbargebäude der Liegenschaft abgerissen werde. Dort werde ein neues Bürogebäude errichtet. Das Zeitfenster solle genutzt werden, um die baulichen Arbeiten an dem eigenen Gebäude vorzunehmen. Der bisher angelegte Zeitrahmen stelle ihn noch nicht zufrieden, aber das hänge auch damit zusammen, dass es noch einer genaueren Absprache mit den zuständigen Behörden in Belgien bedürfe.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu empfehlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

10. 10. 2012

Rita Haller-Haid